IMT Nuremberg Archives

H – 2700

International Court of Justice

Reich-sregierung
Exhibit Nr.61

H2700 - 0002

Aus: Dokumente der deutschen Politik Bd.2 Seite 109
Reichsregierung
Dok.61

Der Aufbau des deutschen Fuehrerstaates
Das Jahr 1934

S.41,42,45,

Die deutsche Friedenspolitik.

Das erste Vierteljahr des Jahres 1934 ist durch den Kampf um die Abruestung ausgefuellt. Im Oktober 1933 war Deutschland aus der Abruestungskonferenz ausgetreten. Durch direkte Verhandlungen versuchten nun die Maechte, eine Grundlage fuer die Wiederaufnahme der Arbeiten der Abruestungskonferenz zu finden, nachdem Deutschland sich geweigert hatte, einer Abruestungskonferenz anzugehoeren, die Deutschland weiterhin die Gleichberechtigung versagte. Am 18.12.1933 unterbreitete die deutsche Regierung ein Memorandum ueber ihre Abruestungsvorschlaege. In diesem Memorandum schlug die deutsche Regierung ein Reichsheer von 300 000 Mann vor, sofern sich die uebrigen Maechte auf eine Beschraenkung ihrer Ruestungen auf den gegenwaertigen Stand einlassen wuerden. Eine franzoesische Antwort vom 1.Januar 1934 dagegen wollte die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung durch eine bescheidene Anpassung an das Ruestungsmass der uebrigen Welt an eine Reihe von Bedingungen knuepfen. Die Frage der "Sicherheit" wurde aufgeworfen; es wurde gefordert, dass die Frage der Kontrolle vor dem Beginn der Abruestung entschieden sei. Die Frage sogenannter militaerischer Verbaende, wie SA. und SS., wurde als Vorwand fuer die negative Haltung Frankreichs gebraucht. Auf diese franzoesische Denkschrift antwortete eine deutsche Denkschrift vom 19.Januar 1934, um noch einmal den deutschen Standpunkt klarzulegen und Frankreich zu einer Klarlegung seiner Stellungnahme zu veranlassen. Inzwischen legte Deutschland mit dem Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen vom 26.1.1934 einen konkreten Beweis seiner Friedenspolitik ab. Das deutsche Re-

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit 61
Filed Sept 20, 1946

H2700 - 0003

morandum vom 13.Maerz 1934 setzt die Aussprache ueber die Abruestung fort. Die starre Haltung der franzoesischen Regierung hatte bis jetzt jeden Fortschritt in dem Abruestungsgespraech verhindert. Dessenungeachtet formulierte am 16.April 1934 die deutsche Regierung in einem Aide Memoire erneut ein positives Abruestungsprogramm. Dieses Aide Memoire geht vom britischen Abruestungsmemorandum vom 29.Januar 1934 (das den sogenannten MacDonald-Plan enthielt) aus. Am 21.2.1934 hat ein Besuch des Lordsiegelbewahrers Eden in Berlin zu einer eingehenden Aussprache ueber das Abruestungs- und Friedensprogramm der deutschen Regierung stattgefunden. Auf Grund dieser Aussprache wurde jetzt in der Note der Reichsregierung der endgueltige Friedens- und Abruestungsplan der deutschen Regierung formuliert.

Am 17.4. aber hat Frankreich durch eine Note an England jeglicher Abruestung ein Ende gemacht. In einer Rede vom 27.4.193 vor der Presse beschaeftigte sich der Reichsaussenminister von Neurath mit dem Nein Frankreichs. Deutschland fuhr fort, positive Wege des Ausgleichs zu einer Verstaendigung fuer die europaeische Staatengemeinschaft zu suchen. Am 14. und 15.Juni 1934 besprachen sich der Fuehrer und der Chef der italienischen Regierung in Venedig ueber die europaeische Situation. In einer Ansprache auf dem Gautag in Gera am 17.Juni 1934 verkuendete der Fuehrer noch einmal den Willen Deutschlands zum Frieden, aber auch zur nationalen Selbsterhaltung, und der Stellvertreter des Fuehrers wiederholte nach den Ereignissen des 30.Juni am 8.Juli 1934 auf einem Gauparteitag in Koenigsberg diese Erklaerung fuer Frieden und nationale Selbstbehauptung.

Inzwischen hatte die franzoesische Regierung den Plan eines sogenannten Paktsystems aufgestellt, in dem der Vorschlag des Ostpaktes besonders hervortrat. Aus diesem Ostpaktvorschlag ist schliesslich im Jahre 1935 die franzoesisch-sowjetrussische Allianz hervorgegangen, wodurch sich die Hintergruende dieses

Ostpaktplanes offenbarten. Am 8. Juli 1934 gab die englische Regierung bei einem Besuche des franzoesischen Aussenministers Louis Barthou in einem gewissen Masse ihre Zustimmung zu diesen Plaenen, die der deutschen Reichsregierung am 13. Juli durch den englischen Botschafter ueberreicht wurden. Am 10. September 1934 teilte die deutsche Reichsregierung ihre ablehnende Haltung in einem Kommunique der Oeffentlichkeit mit. Auf dem internationalen Strassenkongress hat dann Reichsminister von Neurath am 17. September 1934 noch einmal die Haltung Deutschlands zum Problem der Abruestung und der Gleichberechtigung und zu den Ostpaktplaenen dargelegt, waehrend der Stellvertreter des Fuehrers Rudolf Hess in einer Rede in Bochum am 8. September 1934 noch einmal den unbeirrbaren Willen des nationalsozialistischen Deutschlands zur Verstaendigung, insbesondere mit dem franzoesischen Nachbarn verkuendete.

Der Fuehrer benuetzte eine grosse Saarkundgebung auf dem Ehrenbreitstein vom 26. August 1934 zu einem bedeutsamen Friedensangebot an Frankreich.

I hereby certify that the above is a word true citation of the original.

Nürnberg, den 19. September 1946.

A E Schrader Jr
Lt Comdr USNR

Die wörtliche Übereinstimmung dieser Abschrift mit dem Text der beglaubigten Abschrift bestätigt.

Nürnberg, den 17. September 1946.

In Vertretung des Rechtsanwalts Dr. Kubuschok

Assistent

H2700 - 0004

Reich Cabinet Exhibit No. 61

H-2700

H2700 – 0005